

# **PRESSEDIENST**

**25.06.2025**

Neuer Europäischer Tarifbericht des WSI

## **Reale Tariflöhne machen in Europa wieder deutlich Boden gut, Gewerkschaften reduzieren Kaufkraftverluste – Aufholbedarf besteht aber weiterhin**

Erstmals seit dem Inflationsschub des Jahres 2021 haben die Tariflöhne im vergangenen Jahr in Europa wieder deutlich Boden gut gemacht: Für die Eurozone lag der nominale Zuwachs bei 4,5 Prozent und auch nach Abzug der Inflation verblieb den Beschäftigten ein reales Plus von 2,1 Prozent. Besonders hohe Kaufkraftgewinne gab es in Österreich (5,4 %), Portugal (4,5 %) und der Slowakei (3,8 %). Auch in Deutschland lag der inflationsbereinigte Zuwachs mit 2,8 Prozent leicht oberhalb des Durchschnitts. Die Erfolge wurden von den Gewerkschaften teilweise hart erkämpft: Die vergangenen beiden Jahre waren in Europa ausgesprochen streikreich. Trotzdem besteht bei den Tariflöhnen weiterhin Aufholbedarf. Das ergibt der neue Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, für den unter anderem die neuesten verfügbaren Daten der Europäischen Kommission zur Lohn- und Preisentwicklung ausgewertet werden.\*

Während der jüngsten Inflationskrise waren die Tarifsteigerungen zunächst deutlich hinter die explodierende Inflationsrate zurückgefallen. Das lag laut Europäischem Tarifbericht häufig an den langen Laufzeiten von Tarifverträgen, die etwa in Deutschland durchschnittlich zwei Jahre betragen. Während eines laufenden Tarifvertrags herrscht Friedenspflicht, sodass die Gewerkschaften erst mit Verzögerung auf unvorhergesehene Ereignisse wie die Preisschocks reagieren konnten. Die Folge waren erhebliche Kaufkraftverluste für die Beschäftigten, während Preiserhöhungen gleichzeitig bei vielen Unternehmen zu steigenden Gewinnmargen führten, analysieren die Studienautoren Thilo Janssen und Dr. Malte Lübker. „Die jüngsten Zugewinne lassen sich deshalb als Gegenbewegung verstehen. Der Aufholprozess ist allerdings noch nicht abgeschlossen, sodass hohe Lohnforderungen weiterhin Berechtigung haben“, sagt Lübker.

Mit Ausnahme Portugals liegen die Tariflöhne in allen Ländern mit verfügbaren Daten nach Abzug der Inflation noch unterhalb des Niveaus des Jahres 2020. Besonders drastisch sind die Verluste in Tschechien (-11,4 %), Italien (-9,1 %) und Spanien (-5,6 %). In Deutschland beträgt der Rückstand gegenüber dem Jahr 2020 nach den Daten des WSI-Tarifarchivs noch 4,7 Prozent (siehe auch Abbildung 1 im Anhang). Wenn der Tarifindex des Statistischen Bundesamtes verwendet wird, ergibt sich aufgrund methodischer Unterschiede sogar eine Lücke von 7,8 Prozent

Ansprechpartner in der  
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch  
Wissenschaftliche Direktorin WSI  
Telefon +49 211 7778-186  
bettina-kohlrausch@boeckler.de

Rainer Jung  
Leiter Pressestelle  
Telefon +49 211 7778-150  
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftliches Institut  
der Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18  
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de  
www.boeckler.de  
www.wsi.de

(inklusive Sonderzahlungen) bzw. von fast 10 Prozent (ohne Sonderzahlungen). In der Eurozone insgesamt lagen die realen Tariflöhne im vergangenen Jahr noch rund 5 Prozent unterhalb des Ausgangsniveaus des Jahres 2020. Insofern sei das Abflachen des Tariflohnwachstums, das etwa von der EZB erwartet wird, bedenklich, bilanzieren die WSI-Experten.

### **Aufholprozess oft erst nach Streiks möglich – Blick aufs Arbeitskampfvolumen**

Die in der Studie dargestellte Entwicklung zeigt eine deutliche Zunahme des Arbeitskampfvolumens in den Jahren 2023 und 2024 – und zwar selbst in Ländern wie Österreich, in denen ansonsten kaum gestreikt wird. Deutschland liegt mit einem Streikaufkommen von jährlich 21 Ausfalltagen pro 1.000 Beschäftigten gemeinsam mit den Niederlanden im europäischen Mittelfeld. Umgerechnet auf einzelne Beschäftigte bedeutet dies, dass die Deutschen durchschnittlich 10 Minuten pro Jahr streiken – also in etwa so lange, wie eine Kaffeepause dauert.

Deutlich mehr gestreikt wird beispielsweise in Frankreich (102 Ausfalltage), wo die Gewerkschaften – anders als in Deutschland – auch außerhalb von Tarifauseinandersetzungen zum Streik aufrufen können. Dies war 2023 etwa bei Protesten gegen die Rentenreform der Fall. Auch in Belgien (107 Ausfalltage) oder Finnland (93 Tage) ist das Arbeitskampfvolumen weitaus höher als hierzulande, Polen oder Dänemark kommen auf je 15 Ausfalltage (siehe auch Abbildung 2 im Anhang). Im Hochlohnland Schweden (1 Ausfalltag) sind die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern traditionell kooperativ. Hier hat vor allem der Arbeitskampf der Gewerkschaft IF Metall gegen Tesla für internationales Aufsehen gesorgt. Tesla weigert sich, für seine schwedischen Niederlassung einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Inzwischen wird Tesla auch von Gewerkschaften aus anderen Branchen bestreikt, etwa indem sie Tesla die Postzustellung oder die Wartung von Ladesäulen verweigern. In Deutschland sind solche Solidaritätsstreiks nur sehr eingeschränkt möglich.

„Immer wieder lancierte Debatten um eine weitere Einschränkung des Streikrechts in Deutschland gehen an der Realität vorbei: Weder ist das Streikvolumen besonders hoch noch ist das Streikrecht besonders liberal“, bilanzieren die Studienautoren Janssen und Lübker. Zuletzt hatten die Metallarbeitgeber einen Vorstoß gemacht, das Streikrecht in Deutschland zu beschränken. Den Vorschlägen zufolge könnten die Arbeitgeber künftig das Streikrecht der Gewerkschaften aushebeln, indem sie ein Schlichtungsverfahren beantragen. Noch weitergehende Einschränkungen wurden für Beschäftigte vorgeschlagen, die in der sogenannten Daseinsvorsorge arbeiten. Diese betreffen je nach Definition bis zu 50 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Insgesamt würden Beschränkungen des Streikrechts die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften erheblich schwächen. „Durchsetzungsstarke

Gewerkschaften, die die Mittel des Arbeitskampfes im Notfall ausschöpfen können, sind aus Sicht der Beschäftigten unbedingt erforderlich“, betont Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI.

\* Thilo Janssen, Malte Lübker: Europäischer Tarifbericht des WSI 2024/2025: Gewerkschaften streiken erfolgreich für reale Tarifierhöhungen, WSI-Report 105, Juni 2025. Download: <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009159>

## Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

### Thilo Janssen

WSI-Experte für europäische Arbeitsbeziehungen  
Tel.: 0211-7778-650  
E-Mail: [Thilo-Janssen@boeckler.de](mailto:Thilo-Janssen@boeckler.de)

### Dr. Malte Lübker

WSI-Experte für Löhne und Tarifpolitik  
Tel.: 0211-7778-574  
E-Mail: [Malte-Luebker@boeckler.de](mailto:Malte-Luebker@boeckler.de)

### Rainer Jung

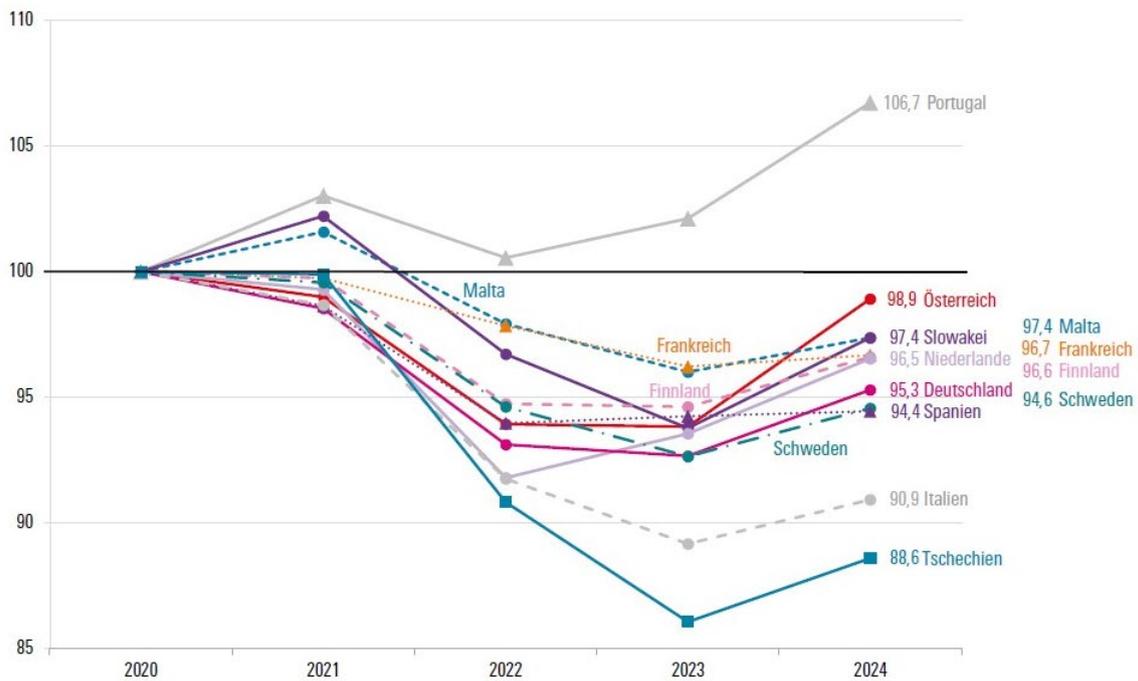
Leiter Pressestelle  
Tel.: 0211-7778-150  
E-Mail: [Rainer-Jung@boeckler.de](mailto:Rainer-Jung@boeckler.de)

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Unsere Pressematerialien können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an [presse@boeckler.de](mailto:presse@boeckler.de).

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: [https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO\\_Printmedien\\_Presse.pdf](https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf)

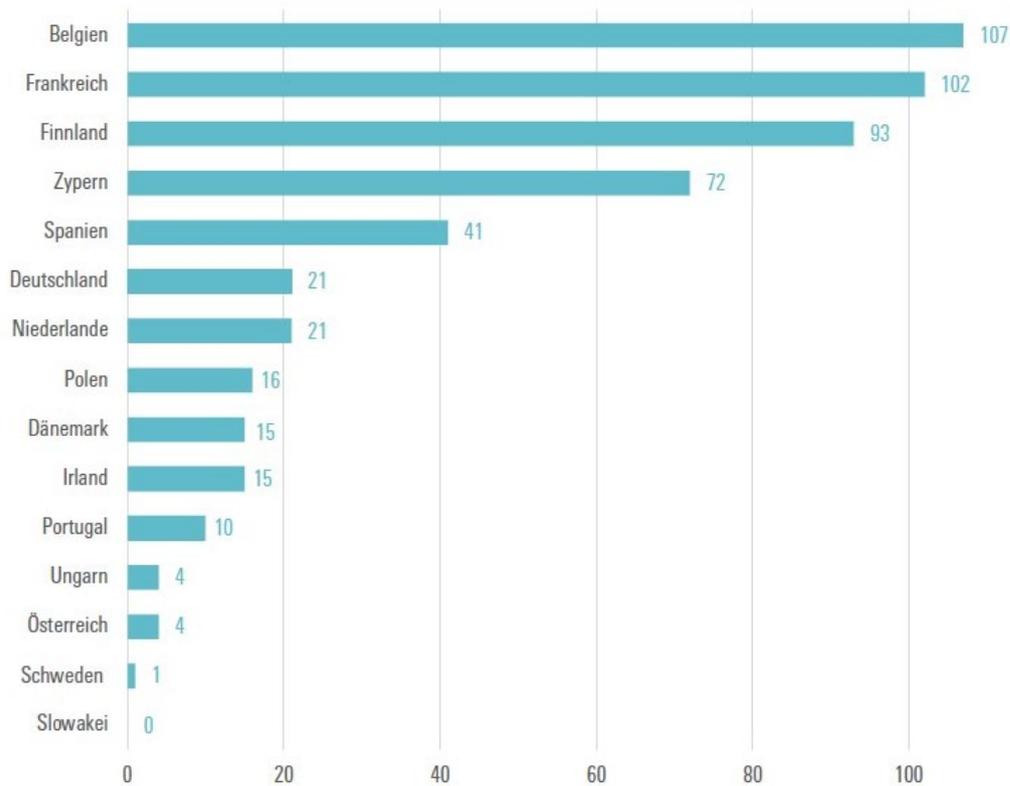
**Abbildung 1 (Abbildung 4 in der Studie)**

Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2020–2024\*  
Index, 2020 = 100



\* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound (im Erscheinen); AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 19. Mai 2025); Berechnungen des WSI.

**Abbildung 2 (Abbildung 6 in der Studie)****Streikaufkommen in ausgewählten Ländern der Europäischen Union, Jahresdurchschnitt 2014–2023\***  
Streikbedingte Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte**Anmerkung:**

Frankreich nur Privatsektor; Spanien ohne Generalstreiks; Ungarn ohne 2020; Portugal ohne öffentliche Verwaltung.

Quelle: Dribbusch 2025; eigene Bearbeitung.